

In Hannover wurde während der Allianzgebetswoche an einer mobilen Kirche gebetet, gesungen und Kaffee getrunken.



Beter trotzen Eis, Schnee und Sturm

ALLIANZGEBETSWOCH Rund 300.000 Besucher kamen an über 1.000 Orten zum Gebet zusammen.

Trotz Eis, Sturm und Schnee haben sich Christen aus Landes- und Freikirchen nicht davon abhalten lassen, zum gemeinsamen Gebet zusammenzukommen. Wie im Vorjahr hätten sich hierzulande an über 1.000 Orten rund 300.000 Personen an der internationalen Gebetswoche der Evangelischen Allianz vom 8. bis 15. Januar beteiligt, berichtete der Generalsekretär des evangelikalen Dachverbandes in Deutschland, Hartmut Steeb (Stuttgart). Nach seinen Worten trägt das gemeinsame Beten wesentlich zur geistlichen Einheit der Christen bei. Die vielfältigen Gebetsveranstaltungen hätten ein Zeichen gesetzt gegen Uneinigkeit, Streit oder liebloses Nebeneinander. Der Allianzvorsitzende, Pastor Ekkehart Vetter (Mülheim/Ruhr), zog gegenüber idea ebenfalls ein positives Fazit. Er begrüßte, dass Christen an vielen Orten kirchliche Räume verlassen hätten, um an öffentlichen Orten zu beten, etwa für die Kommunalpolitik und die Integration von Flüchtlingen. So habe die Allianz in Mülheim zu täglichen Gebeten unter freiem Himmel in der Altstadt eingeladen. Daran hätten sich trotz Wind und Nässe jeweils 50 bis 70 Personen beteiligt und damit deutlich mehr als bei den traditionellen Gebetsabenden in den Vorjahren. Darunter seien auch mehr junge Menschen gewesen als sonst. Die Teilnehmer waren sich laut Vetter einig, das öffentliche Beten künftig intensiver zu pflegen und damit nicht bis zur nächsten Gebetswoche zu warten.

Fürbitte für Polizisten

Vierorts griffen Allianzen eine Bitte der Christlichen Polizeivereinigung auf, für die Polizisten zu beten. Der Vorsitzende der Vereinigung, Kriminalhauptkommissar Holger Clas (Hamburg), begründete dies damit, dass die Beamten oft am Rande ihrer Kräfte arbeiteten und sich von der Politik alleingelassen fühlten, die diese Problemlage zu verantworten habe. Viele Familien litten unter dieser „als desaströs empfundenen Situation“.

Nürnberg: Anbetung auch auf Arabisch und Türkisch

Der Beauftragte der Evangelischen Allianz bei der Bundesregierung, Uwe Heimowski, lobte den teils internationalen Charakter der Gebetstreffen. So sei Gott bei einem Gebetsabend in Nürnberg neben Deutsch auch auf Englisch, Arabisch, Türkisch und Farsi angebetet worden.

Diener: Die Christen GmbH

Der Präses des Evangelischen Gnadauer Gemeinschaftsverbandes, Michael Diener (Kassel), predigte zum Abschluss der Gebetswoche in Halle/Saale und Berlin. Dabei vertrat er die Ansicht, dass Christen heute eine „vertrauenerweckende GmbH“ sein können, eine „Gemeinschaft mit begründeter Hoffnung“. Sie sei gegründet auf Jesus Christus: „Durch sein Leben in uns kann sich alles ändern, nichts muss so bleiben, wie es ist.“

Warnung vor Engherzigkeit

Der Vorsitzende der Evangelisationsbewegung proChrist, Roland Werner (Marburg), kritisierte in Karlsruhe, dass unter Christen zu viel Kleinkariertheit, Engherzigkeit und Rechthaberei herrsche. Wie er bei zwei Gottesdiensten mit zusammen rund 2.200 Besuchern weiter sagte, hat Jesus von Schuld, Menschenfurcht und der Angst vor dem Tod befreit: „Das ist wahre Reformation – dass wir lernen, als Befreite zu leben.“ Der Vorsitzende der Evangelischen Allianz München, Pastor Siegfried Winkler, sagte im südbadischen Efringen-Kirchen, der Glaube, dass Jesus Christus der einzige Weg zu Gott sei, berechtige Christen nicht zu Rechthaberei und Überheblichkeit: „Diese Wahrheit wird einem von Gott offenbart. Wer sie nicht kennt, lehnt sie zwar ab, aber er kann sie nicht abschaffen.“

Ex-Ministerpräsidentin Lieberknecht dankt Christen

Die ehemalige Ministerpräsidentin des Freistaats Thüringen, Christine Lieberknecht (CDU), wirkte bei einer Podiumsdiskussion der Evangelischen Allianz Wuppertal zur Gebetswoche mit. Nach ihren Worten sind Christen als Kinder Gottes besonders dazu aufgerufen, Menschen in Not zu helfen. Jeder Mensch sei einzigartig und erhalte von Gott eine unantastbare Würde: „Das gilt vom ungeborenen Leben im Mutterleib bis zum letzten Atemzug auf dem Sterbebett.“ Die Politikerin würdig-

te insbesondere das Engagement vieler Christen für Flüchtlinge: „Kirchgemeinden sind feste Knotenpunkte in den Netzwerken der Flüchtlingshilfe und Orte für Integration. Viele Gemeindeglieder haben persönlich ihre Wohnungen und Häuser geöffnet und laden Flüchtlinge zu sich nach Hause ein.“ Zustimmung erhielt die evangelische Pastorin und Politikerin von einem jungen syrischen Muslim, der ebenfalls an dem Podiumsgespräch teilnahm. Der 26-Jährige, der 2015 als Flüchtling nach Wuppertal kam, bedankte sich für die Hilfe und Gastfreundschaft, die er von evangelischen Christen erfahren habe.

Frankfurt: Gebet mit Politikern

Ein Höhepunkt der Gebetswoche in Frankfurt am Main war ein Treffen mit Politikern im Rathaus. Unter den 140 Besuchern waren die beiden Bundestagsabgeordneten Matthias Zimmer (CDU) und Ulli Nissen (SPD) sowie der dortige SPD-Vorsitzende Mike Josef und Stadtrat Bernd Heidenreich (CDU), der auch Direktor der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung ist. Heidenreich unterstrich in einem Grußwort die Verantwortung der Politik vor Gott und den Menschen. Die zentrale Abschlussveranstaltung der Gebetswoche in Frankfurt zählte rund 1.000 Besucher.

Der örtliche Allianzvorsitzende, Pfarrer Andreas Hannemann, zeigte sich gegenüber idea zufrieden mit der Gebetswoche: „Wenn Christen die Einheit in Jesus suchen und miteinander beten, segnet Gott.“

Emden: Wir können viel ausrichten

Der Landessuperintendent des Sprengels Ostfriesland-Ems der hannoverschen Landeskirche, Detlef Klahr, predigte im Abschlussgottesdienst der Gebetswoche in Emden. Sie weitet nach seinen Worten den Blick für die anderen. „Wir Christen können vieles ausrichten, ist es doch die Kraft Christi, die mächtig in uns wirkt.“ ●

Bassam Tibi: Wir erleben eine Völkerwanderung aus dem Islam

INTEGRATION Muslimischer Wissenschaftler: Eine links-grüne mediale Herrschaft verbietet eine freie Debatte.

Der muslimische Politikwissenschaftler und gebürtige Syrer Prof. **Bassam Tibi** (Göttingen) hat den Umgang Europas mit der „Völkerwanderung aus der Welt des Islams“ kritisiert. Wie er in der Basler Zeitung schreibt, seien bisher mehr als zwei Millionen Flüchtlinge gekommen. Millionen weitere säßen auf ihren Koffern: „Auf diese Herausforderungen hat die EU außer Sprüchen wie ‚Solidarität‘ keine Strategie zu bieten.“ In Europa sei in den vergangenen Jahren ein „politisch korrektes vorherrschendes von Linksrünen bestimmtes Narrativ (Erzählung – d. Red.) entstanden, das mit Gesinnungsterror jede freie Diskussion“ darüber verbiete. Es sei zwar richtig, dass Europa Einwanderer benötige, aber die technisch komplexen westeuropäischen Gesellschaften brauchten „hoch

ausgebildete Arbeitskräfte und keine Armutsflüchtlinge, die Parallelgesellschaften in europäischen Großstädten bilden“.

Für ein Integrationskonzept

Tibi forderte ferner die Anwendung differenzierter Definitionen für die Menschen, die in ein neues Land kommen. Für diese „Fremden“ gebe es sechs Kategorien: „1. Gastarbeiter, 2. Migranten als Einwanderer (erwünscht), 3. Migranten als Zuwanderer (unerwünscht), 4. Illegale Armutsflüchtlinge, 5. Kriegsflüchtlinge nach internationalem Recht und 6. politisch verfolgte Individuen, die das Recht haben, nach Artikel 16 Grundgesetz Asyl zu bekommen.“ Laut Tibi werden mit Ausnahme der Gastarbeiter die Kategorien in Deutschland durcheinandergebracht und alle in den Topf



Prof. Bassam Tibi

„Asylsuchende“ geworfen. Wie Tibi weiter schreibt, ist die „Völkerwanderung“ ein politisch-soziales Phänomen und kein unbeflussbares Naturereignis. Europa könne sich wehren. Dafür müsse die „links-grüne mediale Herrschaft“ infrage gestellt werden. Es müsse möglich sein, „unbequeme Gedanken“ darüber zu äußern.

Gegen Parallelgesellschaften

Europa müsse sich ferner von einem Zuwanderungs- zu einem Einwanderungskontinent entwickeln sowie zwischen Einwanderung und humanitärer Politik unterscheiden: „Humanitäre Politik ist eine Pflicht, aber hierfür gibt es Kapazitäten, die der globale besorgte Gutmensch nicht anerkennt, weil dieser die Probleme aller Welt auf dem deutschen Territorium lösen will.“ Er forderte auch ein Integrationskonzept, damit die in Europa Ankommenden keine Parallelgesellschaften bilden: „Unterbringung und Sprachkurse bieten keine Integration.“ ●

Flüchtlinge nach Deutschland bis Juli 2016

